



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Revisionsausschusses
am 05. September 2007
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz :

Torsten Tollebeek (CDU)

Anwesende Ausschussmitglieder:
Ferner anwesend:
Tagesordnung:
Veröffentlichung:

siehe Anlage 1
siehe Anlage 2
siehe Anlage 3
siehe Anlage 4

Beginn: 17:10 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 23/07

(Drucksachenband 120)

Drucksachenlisten (DL)
Nrn. 29/07, 30/07, 31/07, 32/07, 33/07 NÖ

(Drucksachenband 121)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0096 Tagesordnung

Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird der Dringlichkeitsantrag zu Punkt 8 der Tagesordnung (Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen) zugesetzt (einstimmig angenommen).

Die Punkte 19 bis 23 und 25 stehen bei der Beschlussfassung unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Ausschusses für Planung, Bau und Verkehr.

Punkt 28 (Abschlussbericht 112. Vergleichende Prüfung „Kraftfahrzeugzulassungsstellen“) wird wegen Nichtbefassung durch den Magistrat von der Tagesordnung abgesetzt.

Einstimmig

0097 07-A-19-0011

Abschlussbericht 112. Vergleichende Prüfung "Kraftfahrzeugzulassungsstellen"

Punkt abgesetzt

Einstimmig

0098 07-F-01-0009

Betriebliches Vorschlagswesen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.01.2007 -

Der Punkt kommt in der nächsten Sitzung des Ausschusses am 31.10.2007 erneut zum Aufruf.

Einstimmig

0099 07-V-20-0026

Bericht über die Eigenbetriebe und Mehrheitsbeteiligungen der Landeshauptstadt
Wiesbaden 2005

Einstimmig

Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 05. September 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0100 **07-V-20-0027**

Quartalsbericht 01/2007 Projekt inteR

Einstimmig

0101 **07-V-20-0031**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.03.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0102 **07-V-20-0032**

Genehmigung der durch den Magistrat bis 31.03.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0103 **07-V-20-0038**

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0104 **07-V-20-0039**

Übersicht der durch den Magistrat bis 30.06.2007 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Einstimmig

0105 **07-V-20-0042**

Investitionscontrolling 1. Halbjahr 2007

Einstimmig

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0106 07-V-20-0047

Quartalsbericht 02/2007 Projekt InteR, Abschlussbericht Projekt inteR

Einstimmig

0107 06-V-66-0233

Anschaffung von Parkscheinautomaten - Gartenfeldstraße Westseite

gegen BLW

0108 07-V-66-0221

Ingwerweg in Wiesbaden-Sonnenberg; Ausbau bis zur Flandernstraße

Protokollnotiz:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt zu Protokoll, dass sie davon ausgeht, dass der in der Vorlage genannte Betrag von 300.000 € an üpl. Mitteln nicht ausreichen wird und bittet den Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr, das Verkehrskonzept vor Beginn der Baumaßnahme zu prüfen.

gegen BLW

0109 07-V-66-0223

Umgestaltung Klagenfurter Ring, Wiesbaden-Biebrich

Einstimmig

0110 07-V-66-0311

Böschungssicherung im Bereich Berstädter Weg in Mainz-Kastel

Einstimmig

0111 07-V-66-0313

Fischerstraße - Rückbau und Umgestaltung durch MDC-Liliencarré

Einstimmig

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 05. September 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0112 07-V-69-0007

GMZ Schelmengraben, Sanierung der Lüftungsanlage

Einstimmig

0113 07-V-70-0005

Bestellung des Wirtschaftsprüfers für die Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden (ELW) für das Geschäftsjahr 2007

Einstimmig

0114 07-V-08-0014

Sanierung Kuppeln Russische Kirche -Budgetfreigabe

Einstimmig

0115 07-A-19-0006

Steuerung von Schulsanierungsmaßnahmen - Schule für Praktisch Bildbare

Der Punkt kommt in der nächsten Sitzung des Ausschusses zum Aufruf, da noch ein weiterer Bericht des Magistrats (Schulamt) angekündigt wurde.

Einstimmig

0116 05-F-02-0055

Überleitung/Aufarbeitung von Sozialhilfeakten
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 14.11.2005 -

Die Angelegenheit hat durch die Vorlage einer entsprechenden Übersicht seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0117 07-A-19-0003

Genehmigung der Niederschrift

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Gegen die Niederschrift werden keine Bedenken erhoben.

Einstimmig

0118 **07-F-07-0036**

Bewirtschaftung der Erlebnismulde auf dem Neroberg
- Antrag der Bürgerliste Wiesbaden vom 29.08.2007 -

Der Prüfauftrag wird nach Begründung von Stv. Reiß zur Abstimmung gestellt und wie folgt angenommen:

Einstimmig

0119 **07-V-64-0004**

Übersicht über die Architekten- und Ingenieurleistungen im Hochbaubereich in den Jahren
2004 - 2006

Herr Löber (Revisionsamt) teilt mit, dass Herr Oberbürgermeister Dr. Müller zukünftig im Magistrat die Federführung bei bestimmten Beschlüssen festlegen wird, wenn mehrere Dezernate betroffen sind.

Trotz Erinnerung liegen noch nicht alle Antworten der Dezernate vor. Für die nächste Sitzung werden dezidierte Berichte angefordert.

Einstimmig

0120 **06-F-01-0104**

Kosten des Gewerbegebietes Petersweg Ost in Mainz-Kastel
- Dringlichkeitsantrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 31.10.2006 -

Herr Niemeyer (Amt für Wirtschaft und Liegenschaften) ist zu diesem Punkt anwesend.

Stv. Reiß weist auf ein Missverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben hin.

Herr Löber wirft ein, dass man nicht nur die Veräußerungswerte der Grundstücke allein bewerten darf, sondern auch die Gewerbesteuererinnahmen berücksichtigen müsse.

Herr Niemeyer weist darauf hin, dass es eine Form der Darstellung ist, wie die Einnahmen/Ausgaben beleuchtet werden. Die Ausgaben seien auf jeden Fall leichter darzustellen. Es werden unterschiedliche Zeiten abgebildet, dadurch ist keine genaue Vergleichbarkeit gegeben. Es ging aber darum, Größenordnungen aufzuzeigen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

2004 wurde der 1. Verkauf getätigt (Umzug CLP von Nordenstadt nach Kastel).

Mit weiteren Einnahmen ist im Jahr 2008 zu rechnen.

Einstimmig

0121 07-F-01-0041

Leiharbeit bei den Entsorgungsbetrieben
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 17.04.2007 -

Zu dem Antrag liegt ein schriftlicher Bericht vor.

Stv. Reiß fragt nach, woher die Leiharbeiter kommen, welche Qualifikation sie haben und wie die Qualifikation überprüft wird.

Herr Wack (ELW) berichtet, dass Leiharbeitsfirmen die Leiharbeiter der ELW zur Verfügung stellen, dass die Qualifikation je nach Beruf nachgefragt wird (z.B. Berufskraftfahrer), bei einigen Berufsgruppen aber keine Qualifikation vorliegen muss, da auch die eigenen Mitarbeiter keine Qualifikation haben (z.B. Straßenreiniger).

Stv. Reiß findet, dass die Leiharbeiter/Mitarbeiter gerade im Umgang mit Laubsaugern geschult werden müssten.

Herr Wack bestätigt, dass hier eine Einweisung stattfindet.

Stv. Klüssendorf fragt nach, auf welcher Grundlage die unterschiedlichen Löhnen der Leiharbeiter und der eigenen Mitarbeiter, die in der Regel ein höheres Einkommen haben, zu Stande kommen.

Herr Wack weist auf die Tarifverträge hin, an die die ELW gebunden sind, nicht aber die Leiharbeitsfirmen. Außerdem handelt es sich bei den Lohnkosten um Mischkalkulationen, d.h., dass auch Kosten für die ZVK, mehr Urlaubstage usw. kalkulatorisch berücksichtigt werden.

Der Antrag hat durch den schriftlichen Bericht und die heutige Diskussion seine Erledigung gefunden.

Einstimmig

0122 07-F-01-0064

Autounfälle mit ELW-Müllfahrzeugen
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 05.06.2007 -

Stv. Reitz fragt nach den arbeitsrechtlichen Konsequenzen für die Mitarbeiter, die in die Unfälle verwickelt waren und bittet um eine Erklärung, wie es zu den unterschiedlichen Urteilen kommen kann, obwohl die Fälle gleich gelagert waren.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 05. September 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

(10 Mitarbeitern wurde gekündigt. Alle haben gegen die Kündigung geklagt. 3 Verfahren hat die ELW im Berufsverfahren gewonnen. 1 Mitarbeiter musste wieder eingestellt werden. Bei 6 Mitarbeitern ist die ELW in die Revision gegangen. 4 Fälle sind noch „übrig“ - gleich gelagert?)

Herr Wack bestätigt, dass die Begründungen der Urteile von ELW nicht nachvollziehbar sind, daher auch die Revisionsverfahren.

Bei den 4 ausstehenden Fällen liegen gleiche Kündigungsgründe vor.

Im November wird der 1. Termin in einem Revisionsverfahren stattfinden, allen anderen sind für 2008 geplant.

Einige Mitarbeiter haben sich bei permanenten Nachfragen vor Gericht „verplappert“, so dass man damit rechnen kann, dass in absehbarer Zeit doch etwas Licht ins Dunkel kommt.

Einstimmig

0123 07-F-22-0002

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen

- gem. Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und FDP vom 04.06.2007 -

Zu dem Antrag liegt ein schriftlicher Bericht des Magistrats vor.

Es findet eine umfangreiche Diskussion zu dem Thema statt.

Vors. Tollebeek berichtet über das z. Zt. praktizierte Verfahren. Die Fahrzeuge werden repariert und zunächst den städtischen Mitarbeitern zum Kauf angeboten. Die erworbenen Fahrzeuge müssen 6 Monate auf den städtischen Mitarbeiter zugelassen sein, danach ist erneuter Verkauf durch den städtischen Mitarbeiter völlig frei möglich.

Es sei auffällig, wie viele städtische Mitarbeiter / Mitarbeiter von ELW ehemals städtische Fahrzeuge kaufen würden.

Nach seiner Auffassung sollte ein Verkauf an den Meistbietenden möglich sein (auch über z.B. ebay). Wenn dann ein städtischer Mitarbeiter den Zuschlag erhalte, sei das völlig in Ordnung.

Herr Löber berichtet, dass das Revisionsamt vor Einstellung von Herrn Wack den Komplex im Jahr 2001 geprüft habe und gravierende Beanstandungen zu verzeichnen waren. So wurde z.B. ein VW-Kleinbus für ca. 4.800 DM repariert und 4 Wochen später für 2.850 DM an einen Mitarbeiter verkauft. Es wurden auch angebliche Schrottfahrzeuge verkauft, die aber nach dem Verkauf an eigene Mitarbeiter wieder gute Dienste getan haben.

Auch Mitarbeiter, die die Fahrzeuge vor dem Verkauf geschätzt haben, haben dann genau diese Fahrzeuge anschließend erworben, was zumindest einen merkwürdigen Beigeschmack habe.

Aus dem jetzt vorgelegten Bericht gehen die Reparaturkosten nicht hervor, so dass keine Relation zwischen Verkaufswert und Reparaturaufwand hergestellt werden kann. Außerdem sei auffällig, dass z.B. eine Person gleich 4 Fahrzeuge erworben hat

Vors. Tollebeek fragt sich auch, was ein Mitarbeiter mit einem Schneepflug, 2 Zugmaschinen und einem LKW-Kipper mache. Gibt es evtl. eine Firma, die nebenbei betrieben werde?

Stv. Busse plädiert dafür, dass zumindest die Schätzwerte extern festgelegt werden müssten.

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 05. September 2007

Beschl.	Vorlagen	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr.	Nr.	

Herr Wack berichtet, dass die ELW ein Mindestgebot festlegt, bestätigt aber, dass es zumindest einen Beigeschmack gibt, wenn man die Verkäufe an eigene Mitarbeiter betrachte und dann noch die Anhäufung von Großfahrzeugen bei einigen Mitarbeiter sehen würde. Ihm wäre es sehr recht, wenn die Aufgabe nicht mehr von ELW wahrgenommen werden müsste.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass bei den verkauften Fahrzeugen im Vorfeld nicht einmal klar sei, ob und zu welchem Preis sie vor dem Verkauf repariert worden wären, denn die Reparaturen müssen nicht in der Werkstatt von ELW vorgenommen werden. Jedes Amt hat im Rahmen seines Budgets die Möglichkeit auch andere Werkstätten zu beauftragen.

Für ihn sollte auf jeden der freie Markt beim Verkauf zum Tragen kommen. Wenn dann ein Mitarbeiter den höchsten Preis bietet, ist das ein sauberes Verfahren.

Für die nächste Sitzung des Ausschusses schlägt er vor, dass Frau Schupp berichten solle, was ein Mitarbeiter, der mehrere Großfahrzeuge erworben hat, damit vorhatte.

Im Laufe der Diskussion wurde außerdem festgestellt, dass ein Mitarbeiter Grabaushubgeräte erworben hat. Auch wäre interessant zu wissen, was man damit privat macht.

Herr Löber weist darauf hin, dass es seinem Amt nicht möglich ist nachzuprüfen, welche Reparaturkosten bei den einzelnen Fahrzeuge vor dem Verkauf angefallen sind.

Vors. Tollebeek schlägt daher vor, die jetzt vorgelegte Liste an den Magistrat mit der Bitte zurückzugeben, eine entsprechende Ergänzung der Reparaturkosten vorzunehmen.

Durch den nachstehenden Dringlichkeitsantrag soll das Verfahren insgesamt verändert werden. Man wolle von Ausschusseite aus dem Magistrat allerdings nicht vorschreiben, welches Dezernat sich zukünftig mit dem Verkauf der Fahrzeuge beschäftigen solle.

Sollte der Magistrat nicht bereit sein, dass bisherige Verfahren zu ändern wird sicher von Seiten des Revisionsausschusses entsprechender Prüfauftrag beschlossen werden.

Herr Löber ergänzt, dass jedes Fahrzeug eine Betriebsnummer habe, über die auch die Reparaturen nachzuvollziehen sein müssten.

Im Beschluss wird festgehalten, dass die jetzt vorgelegte Liste um eine Spalte mit den Reparaturkosten ergänzt wird.

In der nächsten Sitzung wird auch Frau Schupp über das spezielle Kaufverhalten eines Mitarbeiters in nicht öffentlicher Sitzung berichten.

Einstimmig

0124 **07-F-25-0093**

Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen
- Dringlichkeitsantrag von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 04.09.2007 -

Der gem. Dringlichkeitsantrag, der teilweise gemeinsam mit dem vorstehenden Punkt diskutiert wurde, wird angenommen.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Es soll zukünftig ein grundsätzlich anderes Verfahren praktiziert werden.

Herr Wack könnte sich gut vorstellen, den bisherigen Verkauf von Gebrauchtfahrzeugen abzugeben.

Einstimmig

0125 07-V-14-0001

Prüfung der Jahresrechnung 2005

Die Vorlage wird nach Abschluss der Prüfgruppentätigkeit (voraussichtlich in der Dezember-Sitzung 2007) in der Stadtverordnetenversammlung behandelt.

Einstimmig

0126 07-A-19-0008

Prüfung der Jahresrechnung 2005; Bildung einer Prüfgruppe

Als Prüfgruppenmitglieder werden festgelegt:

Vors. Tollebeek

Stv. Reitz

Stv. Dr. Goßmann

Stv. Waldeck

Stv. Klüssendorf

Stv. Reiß

Themenbereiche zur Prüfung sollen der Geschäftsstelle bis zum 18.09.2007 gemeldet werden

Stv. Dr. Goßmann ist in der heutigen Sitzung nicht anwesend. Daher kann im Moment kein Sitzungstermin für die Prüfgruppensitzung abgestimmt werden.

Die SPD-Stadtverordnetenfraktion erhält den Auftrag, den Prüfgruppentermin zu koordinieren.

Einstimmig

0127 07-V-20-0048

Berichterstattung der städtischen Beteiligungsunternehmen für das 2. Quartal 2007

Stv. Reiß weist darauf hin, dass der Bericht von WIVERTIS recht dürftig ausgefallen sei.

Der Ausschuss beschließt, dass WIVERTIS zukünftig seine Berichte an die Standards der anderen Gesellschaften angepasst erstellen soll.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Einstimmig

0128 07-V-70-0006

Jahresabschluss 2006 der ELW-Feststellung des Jahresabschlusses;
Ergebnisverwendung

Stv. Koch teilt mit, dass er die Jahresrechnung erfreut zur Kenntnis genommen habe. Diese Ergebnisse habe er so nicht erwartet. Das operative Ergebnis sei leider aber negativ ausgefallen.

Herr Herrchen (ELW) teilt mit, dass das Ergebnis ohne Sondereinflussgrößen positiv sei.

Einstimmig

0129 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Ab 18.45 Uhr tagt der Ausschuss nicht öffentlich.

0130 07-V-82-0006

Feststellung des Jahresabschlusses 2006 der Kurbetriebe der LH Wiesbaden

Herr Goepfert (Kurbetriebe) ist zu diesem Punkt anwesend.

Stv. Klüssendorf fragt nach, warum denn immer der Ansatz so hoch gewählt werde, den man dann aber nicht erreiche.

Herr Goepfert weist darauf hin, dass man beim Opelbad immer falsch liege, da die Temperaturen im Sommer nicht vorhersehbar seien.

In der Kaiser-Friedrich-Therme gäbe es seit längerer Zeit den Trend, dass das Bad nicht so angenommen werde. Man hatte auf einen Wechsel gehofft, der Trend sei aber weiter abwärts gegangen. Durch eine Änderung des Tarifsystems erhoffe man sich für die Zukunft eine Besserung. Das Thermalbad laufe ganz schlecht. Die Konkurrenz z.B. durch Ingelheim sei enorm. Man könne aber im Moment auch einen Rückwärtstrend erkennen - manche Gäste kämen nach einiger Zeit wieder zurück in das Thermalbad.

Stv. Klüssendorf fragt weiter, warum es im Tourismus-Bereich so hohe Abweichungen gäbe, aber die Personalkosten nicht angepasst worden seien.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Herr Goepfert führt dazu aus, dass es in 2 Bereichen Einbrüche gegeben hätte:

1. sei der exklusiv von den Kurbetrieben betriebene Kartenvorverkauf für den SG Wallau-Massenheim weggefallen und
2. gäbe es deutlich weniger Veranstaltungen in der Region.

Bei der Erstellung des Planes seien diese Trends nicht erkennbar gewesen.

Man könne im Personalbereich nicht flexibel auf die kurzfristigen Auslastungswechsel reagieren, weil es neben einigen studentischen Hilfskräften größtenteils festes Personal gäbe.

Auf Nachfrage von Stv. Klüssendorf bestätigt Herr Goepfert, dass auch im Kurhaus-Bereich große Abweichungen gäbe, die z.B. durch die Sanierung des Kurhauses selbst, aber auch durch den Bau der Tiefgarage zu erklären seien. Die von Stv. Klüssendorf nachgefragten Kosten für „Sonstiges“ beinhalten z.B. Verwaltungskosten, die nicht in den einzelnen Maßnahmen aufgeführt sind. Außerdem gäbe es „Sonstige betriebliche Kosten“, unter die z.B. Kosten für die Park- und Grünanlagen fielen.

Stv. Reiß fragt nach, ob man noch andere Maßnahmen plane, wenn die neue Tarifstruktur für die Kaiser-Friedrich-Therme nicht greife (z.B. billigeres Parken).

Herr Goepfert kann sich bei 15 Parkplätzen, die direkt zur Kaiser-Friedrich-Therme gehören, keine großen Veränderungen vorstellen.

Auf Hinweis von Herrn Emmel (Kämmerei) beschließt der Ausschuss den Zusatz, dass das Jahresergebnis auf das Folgeergebnis vorgetragen werden muss.

Einstimmig

0131 **07-A-19-0010**

Rechnungen der Vergabe seit 01.01.2005 für den Bereich SNB

Vors. Tollebeek begründet kurz den Punkt, den er für die Tagesordnung vorgesehen hat. Es gäbe konkrete Verdachtsmomente, dass bestimmte Firmen bei Vergaben immer berücksichtigt worden seien. Deshalb sollen dem Ausschuss alle Rechnungen vorgelegt werden, die im Bereich SNB seit 2005 bis 01.07.2007 angewiesen wurden. Rahmenverträge/Jahresleistungsverträge seien dabei ausgenommen.

Einstimmig

0132 **07-A-19-0002**

Bericht der Antikorruptionsbeauftragten

Frau Schupp (Antikorruptionsbeauftragten) berichtet über ihre Tätigkeit.

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
----------------	-----------------	--

Sie erarbeitet zur Zeit die Verfügung über die Zusammenarbeit des Personal- und Organisationsamtes, des Revisionsamtes und der Antikorruptionsbeauftragten und diese Verfügung wird voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Ausschusses vorgestellt werden.

Die Ausführungsanweisungen zur Annahme von Belohnungen und Geschenken sind im öffentlichen Ordner eingestellt worden und werden in das Handbuch zur Korruptionsprävention mit einfließen.

Das Handbuch zur Korruptionsprävention ist grundsätzlich druckbereit und wird in entsprechender Auflage von City-Dialog zeitnah zu einem sehr günstigen Preis gedruckt werden (7.000 € für 4.000 Exemplare).

Frau Schupp hat an einem Seminar zur Prävention in den Rathäusern in Mainz teilgenommen. Überall gäbe es ähnliche Konzepte, überall gäbe es aber auch wenig Akzeptanz bei den Mitarbeiter/innen.

Auf Nachfrage teilt sie mit, dass die neuen Auszubildenden und Inspektoranwärter (mit Teilnahmebescheinigung) über die Tätigkeit der Antikorruptionsbeauftragten zu Beginn der Ausbildung informiert werden und es aus gegebenem Anlass eine Info-Veranstaltung im Bereich der KfZ-Zulassungsstelle gegeben hat.

Eine neue Aufgabe für die nächste Zeit sei die Erarbeitung einer Vereinbarung für Mandatsträger/innen (voraussichtlich 2008), in der eindeutiger geregelt werden soll, wie mit Einladungen, Bewirtungen, Überlassung von Theaterkarten usw. umzugehen ist. Dies sei auch eine Absicherung für die Magistratsmitglieder bzw. die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung.

Im Moment konnte sie nicht über aufgeklärte Prüffälle berichten, aber es seien noch Fälle aus den Bereichen Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten, der KfZ-Zulassungsstelle, der Ausländerbehörde, des Sportamtes und dem Bauaufsichtsamt abschließend zu klären. So habe z.B. ein Hauseigentümer der Thomaestraße behauptet, dass man bei der Stadt alle Genehmigungen kaufen könne. Der Fall wurde durch die Aufsichtsbehörde geprüft. Der Bürger hat gegen das Versagen der Baugenehmigung Klage eingereicht.

Nach Auffassung von Frau Schupp ist Korruption in fast allen Bereichen der Stadt denkbar, aber alle Bereiche, in denen es um Vergabe, Aufträge, Genehmigungen, Außenwirkungen usw. geht sind besonders sensibel. Diese Bereiche sind aber auch bereits besonders geschult worden.

Einstimmig

0133 **07-A-19-0007**

Unregelmäßigkeiten im Sozialamt

Stv. Busse fragt 2 Punkte des schriftlichen Berichts nach:

1. Sind das die städtischen Standards bei der Protokollierung im PC und reichen diese Standards aus?
2. Ist die Anweisung über den Umgang mit Kassenanweisungen nicht bekannt oder fehlen noch weitere interne Anweisungen?

Seite 14 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschusses am 05. September 2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Herr Löber berichtet, dass (zu Frage 2) die gesetzlichen Vorgaben schon immer gelten, aber auch Zweckmäßigkeitsgründen davon abgewichen wurde. Der Fall werde sich aber nicht wiederholen.

Bei der Protokollierung auf den städtischen Servern sind die Kosten für die Standards nicht ganz klar. Dazu müsste WIVERTIS Auskunft geben können.

Der hier behandelte Fall war aber nicht wegen der fehlenden Protokollierung problematisch, sondern wegen der Abweichungen bei dem Vollzug von Kassenanweisungen.

Selbst wenn es eine umfangreichere Protokollierung gäbe, würde sich dann das Problem der Aufbewahrung stellen. Selbst Spezialisten hätten gedacht, dass alles abfragbar sei, dies habe sich allerdings als Irrtum herausgestellt.

Stv. Reiß fragt nach, wie viel der doppelt ausgezahlten Sozialhilfeleistungen zurückgefordert werden könnten.

Herr Löber geht davon aus, dass bis auf Sonderfälle mit einer fast 100%igen Rückforderung zu rechnen sei.

Vors. Tollebeek ergänzt, dass Herr Betz bereits angeordnet hatte, dass die Sozialhilfeleistungen im Monat nach der Doppelzahlung nicht ausgezahlt wurden. Es gäbe sicher einen Zinsverlust, der evtl. bei 2.000 - 3.000 € liege.

Die Angelegenheit für den Ausschuss erledigt.

Einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, .10.2007

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Koch

Koba